

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Die Abonnenten und Verleger des „Wilsdruffer Tageblatt“ sind verpflichtet, die in jeder Zeit veröffentlichten Anzeigen zu bezahlen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Zeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachmeldungsgebühr 20 Reichspfennig. Begrüßungs- und Platzanzeigen werden nach Möglichkeit fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 berücksichtigt. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Die Abonnenten und Verleger des „Wilsdruffer Tageblatt“ sind verpflichtet, die in jeder Zeit veröffentlichten Anzeigen zu bezahlen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 180 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 4. August 1933

Der Bund der Bonzen und Schieber.

Wieder einmal hat es eine „Sensation“ gegeben, aber ist es denn noch „sensational“, wenn bei der durchgreifenden Aufräumungsarbeit durch die Regierung des neuen Deutschland und aller derer, die ihr dabei zu helfen die nicht gerade leichte Aufgabe haben, wieder einmal Dinge aufgedeckt werden, die — man verzeihe das drastische Wort! — geradezu zum Himmel stinken? Nein, die Aufdeckung solcher Fälle von oft schlimmer Korruption in öffentlichen Ämtern oder privaten Büros bedeutet kaum noch eine Sensation, höchstenfalls dann, wenn die dabei in Frage kommenden Summen in die Hunderttausende oder gar in die Millionen gehen. Und dann auch noch, wenn es sich dabei um früher besonders bekannte und einflussreiche Persönlichkeiten handelt. Die Männer aber, deren Namen jetzt in den Veröffentlichungen über die Miswirtschaft beim Rundfunk genannt wurden und gegen die so überaus schwere Beschuldigungen erhoben wurden, waren einst sehr bekannt und sehr einflussreich! Um so größer schrieb sie das Wort „Verdienen“, um so unvertrockener konnten sie ihre Miswirtschaft treiben, die ihnen zu äußerst respektablen Bankkonten verhalf! Diese waren das einzig Respektable bei der ganzen Geschichte, bloß dürften sie zwecks Dedung der Kosten, die diese geradezu tolle Wirtschaft dem deutschen Rundfunkhörer und -zahler verursacht hat, durchaus ohne jeden Respekt vor ihren Inhabern in Anspruch genommen werden.

Wenn es sich bei den Beschuldigten nur um Männer handelte, die infolge ihrer „richtigen“ parteipolitischen Einstellung zu Amt und Direktorsessel emporgeschwemmt worden waren, dann würden wir auf Grund vielfältiger Erfahrungen schon aus früherer Zeit, vor allem aber auf Grund der jüngsten politischen „Sanierungs“arbeit kaum noch die Äpfel zu jodern. Das würde dann wirklich keine Sensation mehr bedeuten, auch nicht, wenn es dabei in die Hunderttausende von Reichsmark ginge. Aber es sind doch Männer in diesen Sumpf geraten oder in ihn hineingegangen, deren Vergangenheit und Leistungen sie nur saubere Wege zu gehen eigentlich hätten zwingen müssen. Und trotzdem...! O ja, sie gaben für alles „Belege“, erhielten ganz regelrecht ihre Reisengehälter, die dann noch mit überraschender Schnelligkeit sich zu Mammutbüchern entwickelten, — aber die Belege waren kaum noch verschleierte Betrügereien und die Höhe der Gehälter wurde der Öffentlichkeit verschwiegen; nur einen „Grundriss“ hatten diese politisch durchdrängten Geschäftsbonzen und der hieß: „Wer's Kreuz hat, der segnet sich!“ — und zwar recht oft und gründlich, aber nicht vor den Augen der großen Masse, die sich mühsam genug die Rundfunkgebühren abspart, nur um das Radio nicht aufgeben zu müssen. Während die „Großkopfeten“, um einen bayerischen Ausdruck zu gebrauchen, Hunderttausende verdienen und so ganz nebenbei auf Kosten der Rundfunkhörer schleimten und prahten. Jetzt ist diesen „Sieblingen“ der Hörer die Maske mit einem Ruck vom feisten Gesicht gerissen.

Hier und da war einiges über die „Zustände“ beim Rundfunk durchgedrungen, obwohl man dort oben zusammenhielt wie Pech und Schwefel. Gerade das ist — neben der hemmungslosen Sucht des Großverdienens — das Charakteristische an diesen sich ja keineswegs auf den Rundfunk beschränken Systemen von einst: Wer zum „König“ gehörte, wurde unbedingt gedeckt! Vor allem aber: Nichts an die Öffentlichkeit kommen lassen! „Vorwichtige“ Staatsanwälte, die sich für solche Dinge zu interessieren begannen, haben sich rasch eines unschönen Tages in irgendeine Provinz verflucht. Das Schlimmste aber an diesem System war, daß der Sumpf eine verhängnisvolle Anziehungskraft ausübte auf Menschen, die in den Klüften hineingeraten und nicht die genügende Charakterfestigkeit besaßen, rechtzeitig sich — davor zu retten! Und wer das „Mißgeschick“ hatte, vor der Öffentlichkeit zu straucheln und zu fallen, der wurde sehr bald fürsorglich wieder aufgehoben und auf die Füße gestellt, wenn er nämlich „zu viel wußte“. Man braucht da nur an die Fortsetzung zu denken, die die erste große Korruptionsaffäre der November-Republik erlud: der Fall Erzberger. Daß ihm das Gericht die „persönliche Unanständigkeit“ bescheinigte und den Vorwurf der Korruption — der Verquickung von Politik und Geschäft — als erwiesen erklärte, hat diesem unseligen Namen nur für kurze Zeit in seinem „Fortkommen“ geschadet. Und das war doch im Jahre 1 dieser „glorreichen Republik“ aufgedeckt worden, stand doch also im Anfang der Zeit, bei deren Beginn „das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt“ hatte. Wer wirklich gesiegt hatte, waren die politischen „Größen“ und die „Schieber“, die dann einen festen Bund „auf Teilung“ miteinander geschlossen haben. Das dabei aufgedeckt wurde, war nicht bloß unser Hab und Gut, sondern die moralische Sauberkeit, die Seele des deutschen Volkes.

Eine neue Revolution mußte kommen, um mit fest zupackenden Händen an die Trümmern dieses Sumpfes heranzugreifen.

Französischer und marxistischer Schwindel

„Geheimberichte über deutsche Rüstungen“.

Bezeichnend für die Schwindelmeldungen, mit denen gewisse französische und marxistische Kreise die Weltöffentlichkeit aufzumischen versuchen, sind folgende Ausführungen der englischen marxistischen Zeitung „Daily Herald“, die in großer Aufmachung als Sensationsmeldung wiedergegeben werden. Das Blatt behauptet, das französische Außenministerium besitze sich im Besitz eines neuen Geheimdokuments, in dem in ausreichender Weise für den Völkerverbund bewiesen werde, daß die Reichsregierung den Versailler Vertrag gebrochen habe und verbotene Waffen in Deutschland herstelle.

Das Dossier sei durch Berichte verschiedener Stellen (offenbar französischer und marxistischer Agenten) gesammelt worden, die während mehrerer Monate tätig gewesen seien. Die Informationen hätten im französischen Kabinett geradezu eine Welle hervorgerufen. Die französische Regierung sei daher mit englischen Regierungsvertretern in Verbindung getreten, um England zur Teilnahme an einem sofortigen Schritt beim Völkerverbund zu veranlassen. Die französischen Bemühungen seien, so berichtet das Blatt, jedoch offenbar sichtlich enttäuscht, bisher zwecks geblieben, da die britische Regierung sich nicht bereit erklärt habe, sich einem solchen Schritt anzuschließen. Es sei jedoch wahrscheinlich, daß die französische Regierung allein handeln und eine Untersuchung des Völkerverbundes fordern werde. Das Blatt zählt dann auf, was angeblich in dem Geheimdokument enthalten ist, nämlich, daß Tanks, Flugzeuge, Munition usw. hergestellt würden und daß ein Plan existiere, wonach die Reichswehr in kürzester Zeit verdreifacht werden könne.

Wie wenig überzeugend diese Mauder sind, beweist die von dem Blatt selbst zugestandene Tatsache, daß die englische Regierung sich nicht bereit gezeigt habe, auf diese Mauder hereinzufallen. Die angeblich französischen Dokumente müssen also, selbst wenn an der Darstellung des „Daily Herald“ auch nur ein Körnchen Wahres sein sollte, so gut wie überhaupt kein sichhaltendes Material enthalten haben. Daß ausgerechnet der marxistische „Daily Herald“ diese Informationen lanciert, zeigt deutlich, aus welcher trüblichen Quelle die Abrüstungsgegner ihr „Material“ schöpfen.

England konnte den Weltkrieg verhindern.

London, 3. August. Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht Auszüge aus den Kriegserinnerungen von Lloyd George. Er belegt hierin Sir Edward Grey, den britischen Außenminister bei Kriegsausbruch, mit wenig schmeichelhaften Ausdrücken und schiebt ihm eine große Verantwortung für die Nichtverhinderung des Kriegsausbruches im Jahre 1914 zu. Hätte Sir Edward Grey Deutschland rechtzeitig gewarnt, so meint Lloyd George, und darauf aufmerksam gemacht, daß England unter bestimmten Voraussetzungen geneigt sei, den Krieg zu erklären, so würde der Ausgang der verhängnisvollen Julitriche 1914 ein anderer gewesen sein. Für Deutschland ist diese Erkenntnis von Lloyd George außerordentlich beachtlich. Ist er es doch gewesen, der 1921 die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als grundlegend für das Versailler Diktat und als abgeurteilte Sache angesehen wissen wollte. Noch 1932 hat Lloyd George in seinem Buch „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschuldfrage“ Deutschland sehr einseitlich belästigt mit den Worten: „Die Herrscher Österreichs und Deutschlands wählten den Krieg und auf dem Kampfplatz des Krieges fiel das Urteil gegen sie aus“. Wenn er jetzt, wie auch in vielen anderen Äußerungen, von dem Standpunkt einseitiger Kriegsschuld Deutschlands abtritt und das Vergehen des leitenden englischen Staatsmannes hervorhebt, so hat Deutschland alle Ursache, diese mit Genugtuung zur Kenntnis zu nehmen. Wir können dabei noch hinzufügen, daß die außergerichtlich starke Stellung, die England gerade in der Julitriche 1914 einnahm, es in die Lage versetzt hätte, den drohenden Weltkonflikt zu verhindern, wenn es dies ernsthaft hätte tun wollen. Die Möglichkeit zu einer solchen ehrlichen Vermittlerrolle kam aber leider für die britische Politik der damaligen Zeit deswegen nicht in Betracht, weil sie durch ihre „unverbindlichen“ Absprachen mit Frankreich und Rußland innerlich nicht mehr frei genug dazu war. Wenn wir Serbien, Frank-

Das französische Außenministerium verbreitet folgendes Communiqué: „Der französische Vorkauf in Berlin, François Boncet, hat einen entschlossenen Schritt bei der Reichsregierung unternommen, um gegen die kürzliche Entführung französischer Staatsangehöriger im Saargebiet zu protestieren. Eine ähnliche Protestnote war bereits von der Regierungskommission des Saargebietes wegen Verletzung der Gebietsteile, die sie verwaltet, unterbreitet worden.“

Der „Temps“ bläst zum Rückzuge.

Die Presseorgane hat in Paris wieder einmal „zu gut“ geklappt. Das Stichwort „Hilfe für Österreich“, das von zuständiger Stelle ausgegeben wurde, ist von der Presse allzu willig aufgegriffen und sofort zu einem amtlichen Vorstoß gestempelt worden. Jetzt muß der dem Quai d'Orsay nachstehende „Temps“ die Blätter, die allzu prompt eingeschwenkt sind, eines besseren belehren. Es handelte sich nicht um eine Mitteilung des Außenministers, noch um eine Verlautbarung halbamtlichen Charakters, und es trifft nicht zu, daß eine bestimmte diplomatische Aktion bereits im Gange sei. Wie alle Fragen, die die Aufmerksamkeit verschiedener Regierungen erregen, wegen der möglichen Folgen, die sie auf die internationale Lage haben könnten, prüfe jede Regierung die Tatsachen. Man tausche Beobachtungen im Laufe gewöhnlicher Unterhaltungen unter Diplomaten aus, man bleibe nicht untätig gegenüber möglichen Gefahren. Aber ein Schritt irgendwelcher Art sei bisher nicht getan worden. Gegenwärtig befindet man sich erst im Zustand der aufmerksamen Beobachtung der Ereignisse.

Die kommunistische Heze geht weiter.

Ein Aufruf des „Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien Europas“.

Die Staatspolizeistelle Reddinghausen fand bei einer Hausdurchsuchung in Gladbeck mehrere Exemplare eines Aufrufs der kommunistischen Parteien Europas, der in der gemeinsamen Weise die deutsche Reichsregierung beschimpft und verleumdet. Der Wohnungsinhaber, ein kommunistischer Funktionär, wurde festgenommen. Die Staatspolizeistelle hat festgestellt, daß die Schrift in Holland gedruckt worden ist.

Die Förderung des Kraftfahrzeugverkehrs

Neue Gebührenordnung ab 20. August in Kraft.

Der Reichsrat erledigte in einer Vollstimmung eine Reihe von Vorlagen, als wichtigste die neue Gebührenordnung für behördliche Maßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr, die am 20. August d. J. in Kraft tritt. In der der Vorlage beigegebenen Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung, um die Motorisierung Deutschlands zu fördern, auf den verschiedensten Gebieten der Kraftfahrzeugwirtschaft Maßnahmen durchführt.

So sind hinsichtlich der Kraftfahrzeugsteuer bereits die allgemein bekannten Erleichterungen geschaffen worden. Desgleichen werden die Prämien für die Haftpflicht- und Kaskoversicherung herabgesetzt. Wegen Senkung der Sachverständigengebühren bei Prüfung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugsteuer schweben Verhandlungen. Die Senkung der Brennstoffpreise wird ebenfalls im Rahmen der Verbilligung betrieben. Auch die Herabsetzung der Gebühren für behördliche Maßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr sind unerlässlich. Sie wird um so eher vertreten werden können, als mit der Vermehrung der Kraftfahrzeuge eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte bei den Zulassungsbehörden verbunden ist und sich der tatsächliche Aufwand für die einzelnen Amtsgeschäfte dadurch verringert.